

Historisches US-Gesetz würde Finanzhilfe für Israel verbieten, die dazu benutzt wird, palästinensische Kinder zu misshandeln

Nora Barrows-Friedman, electronicintifada.net, 14.11.17

Zehn Kongressmitglieder unterstützen eine Gesetzesvorlage, die es den USA verbieten würde, Menschenrechtsverletzungen, die vom israelischen Militär an palästinensischen Kindern begangen werden, finanziell zu unterstützen.

Das „Gesetz zur Förderung der Menschenrechte durch die Beendigung militärischer Haft palästinensischer Kinder“ (Promoting Human Rights by Ending Military Detention of Palestinian Children Act*) ist das allererste Gesetz, das den Schwerpunkt auf die Menschenrechte palästinensischer Kinder legt, als Bedingung für die Unterstützung der USA, sagen Aktivisten.

Das Gesetz macht es erforderlich, dass der Außenminister jährlich bestätigen muss, dass keine US-Gelder, die an Israel gezahlt wurden, dazu benutzt wurden, die Inhaftierung, Vernehmung oder Misshandlung palästinensischer Kinder zu unterstützen.

„Für die Verteidigung der Menschenrechte von Kindern einzutreten, wird hilfreich sein, die Diskussion vom Status quo und von dem in der Sackgasse steckenden 'Friedensprozess' wegzuführen“, sagte sie, „die als Entschuldigung diene, die Misshandlung und Inhaftierung von Kindern weiterhin zuzulassen“.

Die Gesetzgebung würde Geldmittel stoppen, die Israel dazu benützt, „Folter oder grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung“, körperliche Gewalt, inklusive Festhalten in Stresspositionen, den Kopf mit einer Kapuze bedecken, sensorischer Sinnesentzug, Drohungen oder andere Formen psychologischer Misshandlung,“ auszuüben.

Es würde auch gelten für „Isolationshaft, Administrationshaft, Weigerung Eltern oder Anwälte während der Verhöre zuzulassen“ und für „Geständnisse, die durch Gewalt oder Nötigung“ erzwungen wurden.

„Es ist ein beispielloses Gesetz“, sagte Jennifer Bing, eine Anwältin, die sich für die Rechte palästinensischer Kinder einsetzt und Direktorin des Programms des „American Friends Service Committee's“ im Mittleren Osten.

Es gab noch nie eine Gesetzesvorlage im Kongress die darauf abzielte, dass wir Israel zur Rechenschaft ziehen müssen, für die finanzielle Unterstützung, die es von den amerikanischen Steuerzahlern erhält, sagte sie gegenüber Electronic Intifada. Bing sagte, dass dies eine entscheidende Gelegenheit für Wähler sei, auf ihre Vertreter einzuwirken dieses Gesetz zu unterstützen.

„Für die Verteidigung der Menschenrechte von Kindern einzutreten, wird hilfreich sein, die Diskussion vom Status quo und vom in der Sackgasse steckenden 'Friedensprozess' wegzuführen“, sagte sie, „die als Entschuldigung diene, die Misshandlung und Inhaftierung von Kindern weiterhin zuzulassen“.

Indem man die finanzielle Komplizenschaft mit Israels Menschenrechtsverletzungen gegenüber palästinensischen Kindern stoppt, „bringt dieses Gesetz die US-Politik gegenüber Israel mit internationalem Recht in Einklang“, fügte Brad Parker hinzu, der Anwalt bei *Defense for Children International – Palestine* ist.

Das Gesetz schickt eine klare Botschaft an israelische Beamte, dass die weitverbreiteten Misshandlungen inhaftierter palästinensischer Kinder aufhören muss und stellt die systematische Straflosigkeit, der sich israelische Streitkräfte im besetzten Westjordanland und dem Gazastreifen erfreuen, direkt in Frage, sagte Parker der Electronic Intifada.

Dokumentation der Misshandlungen

Das Gesetz bezieht sich auf eigene Berichte des US-Außenministeriums über israelische Misshandlungen. Einer der Berichte stellte 2013 fest, dass israelische Besatzungskräfte weiterhin Minderjährige misshandeln, die wegen des Verdachts Steine geworfen zu haben verhaftet wurden, um sie zu Geständnissen zu zwingen.

Die Gesetzesvorlage hebt darüber hinaus Berichte des UN-Kinderhilfswerks UNICEF heraus, und eine Dokumentation von Human Rights Watch, bei der es um Würgegriffe, Schläge und Nötigungen bei Verhören von Kindern zwischen 11 und 15 Jahren geht.

Die Gesetzesvorlage verurteilt Israels strafrechtliche Verfolgung von palästinensischen Kindern in Militärgerichten, die keine grundlegenden rechtsstaatlichen Verfahrensweisen garantieren und die gegen internationales Recht verstoßen.

Sie hebt darüberhinaus das gesetzlich verankerte Apartheidsystem Israels hervor, in dem Militärgesetz auf Palästinenser angewandt wird, während für israelische Siedler, auf dem selben Territorium, Zivilrecht gilt.

Das *American Friends Service Committee* und *Defense for Children International – Palestine*, führen die Kampagne *No Way to Treat a Child* an, die darauf abzielt, Israels Militärhaft und Misshandlung von jährlich ca. 700 Kindern zu beenden.

Im Juni führte die Kampagne eine Veranstaltung auf dem Capitol Hill durch, während der sie über die Verletzung der Rechte palästinensischer Kinder durch Israel informierte.

Bing wies darauf hin, dass Menschenrechtsorganisationen solche Verstöße schon seit Jahrzehnten dokumentieren, doch erst durch die Grasswurzelbewegung in Gemeinden, Universitäten etc. fühlten sich amerikanische Abgeordnete dazu aufgefordert diese Gesetzesvorlage zu unterstützen.

Die Kampagne *No Way to Treat a Child* begann vor drei Jahren, indem Aktivisten und Anwälte Abgeordnete informierten und sie Palästinensern, die inhaftiert gewesen waren, vorstellten.

„Jedesmal hieß es beim Empfang von Kongressabgeordneten, dass sie nichts davon wüssten oder, dass sie wissen wollten was sie tun könnten um etwas zu verändern, wohl wissend, dass kein Kind derart behandelt werden sollte“ sagte Bing.

Aktivisten arbeiteten hart daran Unterstützer im Kongress aufzubauen, die sich für die Menschenrechte der Palästinenser, speziell von Kindern einsetzen, fügte Bing hinzu.

Die Gesetzesvorlage wurde von der Repräsentantin Minnesotas, Betty McCollum, eingebracht, die sich mit der Mehrheit ihrer Kollegen, die sich weigern die israelische Politik zu hinterfragen, überworfen hat.

Im Februar verurteilte McCollum öffentlich Premierminister Benjamin Netanyahus Politik, palästinensischen Kindern durch das israelische Militärgerichtssystem Schaden zuzufügen.

Im Juni 2015 verfasste sie einen Brief, der von 18 anderen Kongressmitgliedern unterzeichnet wurde, die von der Obama-Administration verlangten, Israel unter Druck zu setzen, die Misshandlung palästinensischer Kinder zu beenden.

Zwei Monate später rief die Abgeordnete zu Strafmaßnahmen gegenüber der israelischen Grenzpolizeieinheit auf, die die beiden Teenager Nadim Nuwara und Muhammad Abu al-Thahir am 15. Mai 2014 kaltblütig umgebracht hatten.

Wie aus Vermerken des Congressional Research Service hervorgeht, ist Israel der Empfänger der am stärksten angewachsenen Finanzhilfe seit dem Zweiten Weltkrieg.

McCollum initiierte einen weiteren Vorstoß im Juni 2016 und drängte Obama, einen Sondergesandten zu ernennen, um die Rechte palästinensischer Kinder unter israelischer Besatzung zu schützen.

Gemeinsam mit McCollum umfassen die Unterstützer der Gesetzesvorlage die Vorsitzenden des Congressional Progressive Caucus (Progressiver Kongressausschuss), Raúl Grijalva aus Arizona und Mark Pocan aus Wisconsin, sowie die Repräsentanten Earl Blumenauer und Peter DeFazio aus Oregon, John Conyers aus

Michigan, Chellie Pingree aus Maine, André Carson aus Indiana und Luis Gutierrez und Danny Davis aus Illinois.

Das Gesetz wird unterstützt von 15 nationalen glaubens- und menschenrechtsbasierenden Organisationen, inkl. der Presbyterian Church USA, verschiedenen Organisationen der Methodisten, dem Mennonite Central Committee, der United Church of Christ, Jewish Voice for Peace, dem Center for Constitutional Rights und der US Kampagne für palästinensische Rechte.

Wie sein Vorgänger, unterstützt auch der derzeitige Präsident der USA Israel jährlich mit Billionen Dollar. Gleichzeitig werden Gelder für Sozialeleistungen, Bildung und Initiativen für Klima-Gerechtigkeit gekürzt. Die Obama-Administration hatte im letzten Jahr eine Vereinbarung unterzeichnet, Fördermittel für Israel ab Anfang 2019 auf \$3.8 Billionen zu erhöhen.

Wie aus Vermerken des Congressional Research Service hervorgeht, ist Israel der Empfänger der am stärksten angewachsenen Finanzhilfe seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis 2016 belief sich diese auf insgesamt 127,4 Billionen US Dollar.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/historic-us-bill-would-outlaw-israel-aid-used-abuse-children

*https://mccollum.house.gov/sites/mccollum.house.gov/files/documents/17.1107MCCOLL_005_xml_o.pdf